

der bajuware

DAS MAGAZIN DER JUNGEN UNION BAYERN



Für alle die hoch hinaus wollen



Bonnfinanz ist ein Unternehmen der Zürich Financial Services Group, die sich in mehr als 60 Ländern mit 70.000 Mitarbeitern für rund 38 Millionen Kunden einsetzt. Unsere gute Marktposition in Deutschland wollen wir weiter ausbauen. Deshalb suchen wir zur Verstärkung unseres Teams in ganz Bayern ab sofort:

Sie möchten als Finanzberater/in bei Bonnfinanz fest im Sattel sitzen? Dann bewerben Sie sich jetzt. Wir freuen uns darauf, Sie kennen zu lernen.

Finanzberater (m/w)

Die Herausforderung:

- Bedarfsoptimierte Beratung und Betreuung über unser Privates Finanzmanagement – ohne Produktvorgaben
- Einbindung in ein engagiertes, sympathisches Beraterteam
- Unterstützung durch Fachspezialisten, permanente Weiterbildung und intensive Betreuung durch erfahrene Personalentwickler
- Attraktive Honorierung, die individuell vereinbart wird

Ihre Qualifikation:

- Abgeschlossene Ausbildung zum/zur Bankkaufmann/-frau oder Bankfachwirt/in bzw. akademische/betriebswirtschaftliche Qualifikation
- Mehrjährige Berufserfahrung als erfolgreiche/r Berater/in
- Zielorientierung, Selbstständigkeit, Eigeninitiative
- Mindestalter 26 Jahre

Bonnfinanz AG

Vertriebsdirektion Süd
Frau Sigrid Suden
Dachauer Str. 342
80993 München
Tel. 089-14980311
sigrid.suden@bonnfinanz.de

Stirbt
Bayern
aus?



M-City Neuhausen



Dachterrassen und mehr

Traumhafte 2- bis 4-Zimmer-Wohnungen in innerstädtischer Lage, direkt am Arnulfpark

- moderne, großzügige Architektur
- hochwertige Ausstattung

- herrliche DT-Wohnungen und großzügige Maisonetten

- S-Bahn um die Ecke
- Bezug Sommer 2005



Grundrissabbildung:
4-Zi.-DT-Wohnung, 4. Obergeschoss, 119,87 m² Wfl.,
Südwest-Dachterrasse (42,45 m²) € 502.000,-

Weitere Angebote:

2-Zi.-Whg.	1. OG	52,77 m ² Wfl.,	Süd-Balkon	€ 197.000,-
2 1/2-Zi.-Whg.	1. OG	69,02 m ² Wfl.,	Süd-Balkon	€ 256.000,-
3-Zi.-Whg.	EG	82,24 m ² Wfl.,	Süd-Terrasse	€ 314.000,-
4-Zi.-Whg.	1. OG	121,71 m ² Wfl.,	SW-Lage	€ 410.000,-

Auf Wunsch ist ein TG-Stellplatz zu € 12.000,- erhältlich.

Besuchen Sie uns im Arnulfpark, Musterwohnung im KundenPavillon:
Helmholtzstraße, Zufahrt über Arnulfstraße.
Samstag und Sonntag 15 – 18 Uhr,
Mittwoch und Freitag 16 – 19 Uhr.

089/93001-601 · www.hausbau.de



BAYERISCHE HAUSBAU

Guerickestraße 25 · 80805 München · Telefon: 089/93001-225

Demographie

- 4 Tickende Zeitbombe** Dem Land fehlt es an Nachwuchs, die Folgen der Kinderarmut sind spürbar. Dennoch ist eine Trendwende nicht in Sicht.
- 5 „Absurdes Sozialsystem“** Der Mainzer Professor Hermann Adrian kritisiert, die Politik würde junge Erwachsene zur Kinderlosigkeit verführen.
- 6 Kinder, Karriere, oder beides?** Immer mehr Frauen wollen sich zunächst aufs berufliche Fortkommen konzentrieren.



Europawahl

- 7 Meilenstein mit Stolpergefahr** Fünf Wochen vor der Europawahl stoßen zehn neue Staaten zur EU. Andere Länder, wie die Türkei, wollen auch in die Gemeinschaft.
- 9 „Dort wird die Zukunft entschieden“** JU-Chef Manfred Weber will ins Europaparlament, um die junge Generation zu vertreten.

Landesverband

- 10 „Steuern müssen deutlich runter“** – Pro G 8 – Alcopos: Nicht verteufeln, sondern aufklären – Reformmotor Junge Gruppen
- 11 Wechsel im Visier** – Im Porträt: Christian Hügel – Medienseminar – 42-Stunden-Woche
- 12 „Höhepunkt des Jahres“** Auf der JU-Landesversammlung stehen die demographische Entwicklung und die Europawahl im Mittelpunkt.
- 13 Große Geschichte** Ein Porträt über eine Stadt, die einst Heimat der Bayerischen Staatsregierung und des Landtags war – Bamberg ist nun Gastgeber der Jungen Union.

Interview

- 14 „Radikalen den Laufpass geben“** Der ehemalige CDU-Politiker Johannes Gerster kämpft als Repräsentant der Konrad-Adenauer-Stiftung für den Frieden in Israel.

Pro&Contra

- 15 Die Wehrpflicht abschaffen?** Oberst a. D. Hans-Dieter Lemke und Generalmajor a. D. Werner Widder sind geteilter Meinung.

JU vor Ort

- 16 Ein Fürther in Nürnberg** – Neuanfang in München – Oberfranken: Eine Frau in der Männer-Riege
- 17 Sensationen im Gerichtssaal** – Sparideen – Theater – Tanktouristen
- 18 Schulden sind tabu** – Mitgliederentwicklung in den Verbänden

bajuwarisches

- 19 Edmund ist überall** – Der Wahlmann – Obst vom Ortschef

Sterbenachrichten zur Geburtsstunde

Gerade erst ist unser Magazin geboren, und schon befassen wir uns mit dem Sterben. In unserer ersten Ausgabe wollen wir weiß Gott nicht schwarz malen: Aber die demographische Entwicklung ist derart dramatisch, dass sie sich als Titelthema aufdrängt.

Die Menschen werden immer älter, der Nachwuchs fehlt. Für unser Land, für unsere Gesellschaft hat das gravierende Auswirkungen. Kann der für die nächsten fünf Jahrzehnte vorausgesagte Trend abgewendet werden? Wir führten zahlreiche Gespräche, fragten auch bei jungen Frauen nach: Kinder oder Karriere – oder beides?

Aus der Sicht der jungen Generation beleuchtet haben wir auch die anstehende Europawahl und die EU-Osterweiterung. Themen, die bei der Landesversammlung in Bamberg für reichlich Diskussionsstoff sorgen werden.

Bei der Erstellung dieser Nummer ist uns bewusst geworden: Die Junge Union in Bayern ist voller Leben. Zumindest wir sind vom Aussterben nicht bedroht – auch künftig wird es viel zu berichten geben. Das Redaktionsteam des **bajuwaren** freut sich darauf.

Es grüßt euch

Thomas Breitenfellner
Chefredakteur





Unter sich: Die jungen Spielpartner werden rar – nicht nur beim Schach.

Tickende Zeitbombe

Dem Land fehlt der Nachwuchs

Wolfgang Kreil hat einiges im Angebot. Eine Schule beispielsweise, Top-Lage, mitten in der Stadt. „Wir brauchen sie nicht mehr“, sagt Selbs Oberbürgermeister, „es sind nicht mehr genügend Schüler da.“ Selb schrumpft. Nicht nur, weil so viele Menschen wegziehen. Sondern auch, weil der Nachwuchs rar ist. Arbeiterwohlfahrt und evangelische Kirche wollen Kindergartengruppen auflösen. Die oberfränkische Stadt ist ob ihrer Auszehrung derzeit sogar Gegenstand einer wissenschaftlichen Untersuchung. „Der Rest von Bayern kann bei uns studieren, wohin der Trend geht“, sagt Kreil.

Ein Trend wie eine Zeitbombe. Weniger Kinder – das bedeutet weniger Junge, die mit den Erträgen ihrer Arbeit für die Alten aufkommen müssen. Und das – dank der Fortschritte in der Medizin – für einen längeren Zeitraum als je zuvor. Deutschland ist aus dem Gleich-

gewicht geraten. „Wir haben nicht zu viele Alte, sondern zu wenige Junge“, sagt der CSU-Bundestagsabgeordnete Georg Fahrenschn. Um die Kosten aufzufangen, müssen junge Menschen länger arbeiten und einzahlen als ihre Eltern, und das bei unsicherer Rente. „Statt die Menschen aufzuklären und auf diese Entwicklung vor-

zubereiten, unterschlägt die Regierung vorsätzlich Fakten“, kritisiert Alexander Legler, sozialpolitischer Sprecher der JU Bayern. „Ein Schlag ins Gesicht junger Menschen.“

Die Folgen der Kinderarmut sind spürbar. Weniger Kinder und Jugendliche – das bedeutet weniger

Dynamik, weniger Neugier, weniger Ideen. Gesellschaft und Wirtschaft leiden im Gleichschritt. Der Wohlstand geht an sich selbst zugrunde. Je höher der Entwicklungsstand, desto niedriger ist die Geburtenrate einer Nation.

Nur in Spanien und in Italien gibt's weniger Bambini. Um die Bevölkerung konstant zu halten, müsste jede Frau in Deutschland im Durchschnitt 2,1 Kinder zur Welt bringen. In Wirklichkeit sind es noch nicht einmal 1,4. Auch Bayern kann sich von diesem Trend nicht lösen. Über 120.000 Geburten verzeichnete man hier noch vor vier Jahren. 2010 werden es nur noch 100.000 sein. Die so genannte Bevölkerungspyramide ist längst aus dem Leim gegangen. Sie gleicht einem Döner-Spieß: Nach unten zu, wo die Jugend sitzt, wird die Säule immer schmaler.

Kinder aufziehen ist ein schlechtes Geschäft. Was Eltern mit zwei Kindern ausgeben, auf was sie an Gehalt verzichten, summiert sich auf den Gegenwert eines Einfamilienhauses in guter Lage. „Wir müssen uns überlegen, wie wir die Entscheidung fürs Kind begünstigen wollen“, fordert Fahrenschn. Zuwanderung wird die Katastrophe nicht verhindern. Auf 500.000 Zuwanderer schätzen Experten den jährlichen Bedarf. „Unrealistisch“, winkt Fahrenschn ab. Schon 100.000 – etwa so viele Menschen leben in Ingolstadt – überlasten Deutschland.

Ein Fünftel dieser Bevölkerungszahl lebt in Selb. Bald sind es noch weniger. Man reißt Wohngebäude ab, „damit die nicht irgendwann als Ruinen rumstehen“, betont CSU-Mann Kreil. Er will die Schrumpfung gestalten, wie er sagt. „Auch kleine Städte können liebenswert und herzlich sein“. Richtig fröhlich hört er sich dabei aber nicht an.

Interview

„Absurdes Sozialsystem“

Wie viele Kinder haben Sie?

Adrian: Fünf aus zwei Ehen im Alter von 2, 8, 10, 12 und 34 Jahren.

Das ist eher die Ausnahme. Stirbt Deutschland, stirbt Bayern aus?

Adrian: Das ist nicht das unmittelbare Problem. Wenn die Bevölkerungsdichte in dem erwarteten Maße abnimmt, wird der Einwanderungsdruck enorm werden. Europa verliert durch seinen Geburtenmangel seit Jahren weltpolitisch deutlich an Gewicht. Ein Kontinent, der nicht mal für genügend Nachwuchs sorgen kann, hat auf der Bühne der Weltpolitik mittelfristig nichts zu sagen.

Fehlt es an den Rahmenbedingungen durch die Politik oder doch eher an der Einstellung der Menschen?

Adrian: Beides, aber die materiellen Rahmenbedingungen sind entscheidend. Ein kinderloses Doppelverdiener-Paar hat weniger Arbeit und Verantwortung, erhält aber wesentlich mehr Entlohnung als ein Elternpaar, das zwei Kinder aufzieht. Weil dieses Elternpaar viel Zeit für die Erziehung benötigt, verzichtet es im Laufe seines Lebens auf 20 Jahresgehälter. Das macht im Durchschnitt 600.000 Euro brutto, dazu kommen die Ausgaben für Kinder – mindestens 100.000 Euro. Dennoch bekommen die Kinderlosen in unserem absurden Sozialsystem mehr Rente. Dies ergibt 100.000 Euro Rentenverlust der Eltern gegenüber Kinderlosen, obwohl zukünftige Rentenzahlungen ausschließlich von unseren Kindern abhängen. Eltern ziehen Kinder auf, von deren Wirtschaftskraft später die Kinderlosen stärker profitieren. Warum sollen unsere

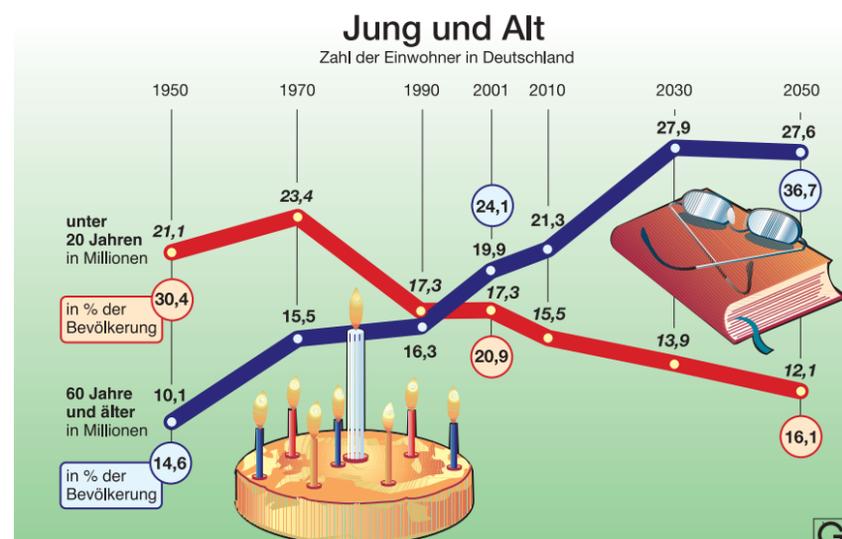
Kinder in 20 Jahren ein Drittel ihres Einkommens für fremde kinderlose Alte abgeben, die selbst zu eigensüchtig und zu faul waren, Kosten und Mühen für eigene Kinder aufzuwenden? Unsere Sozialgesetze sind grob ungerecht, weil sie die Kinderlosigkeit mit netto 300.000 Euro prämiieren und das Aufziehen von Kindern mit 200.000 Euro bestrafen. So verführt die Politik unsere jungen Erwachsenen aktiv zur Kinderlosigkeit.

Sie haben die These aufgestellt, Kinderlosigkeit ist die Ursache unserer Arbeitslosigkeit?

Adrian: Unsere seit 1970 zunehmende Arbeitslosigkeit ist tatsächlich eine Folge der Kinderlosigkeit. Durch den Geburtenrückgang fehlt uns seit 33 Jahren jeweils ein Drittel der für eine zahlenmäßige Ersetzung der Elterngeneration benötigten Kinder. Dadurch fehlen heute sieben Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Betreuung, Ausstattung mit Kleidung, Nahrung, Wohnraum, Erziehung und Ausbildung von sieben Millionen Kindern ist eine riesige Menge Arbeit, die leicht vier Millionen Menschen beschäftigen würde. Unsere Wirtschaft beginnt bereits zu schrumpfen, weil seit 1995 die Zahl der Erwerbstätigen schrumpft. Die Arbeitslosigkeit steigt um 150.000 pro Jahr an – und das seit über 30 Jahren!



Hermann Adrian ist Professor an der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz.



Kinder, Karriere, oder beides?



Die Baby-Frage wird hinausgeschoben

„Ich mag Kinder zwar“, sagt Jasmin, „ein eigenes will ich aber zumindest in den nächsten Jahren nicht.“ Nach dem erfolgreichen BWL-Studium will sich die 27-Jährige erst mal dem Beruf widmen, die Baby-Frage hat die Regensburgerin bis auf weiteres zurückgestellt. Jasmin ist kein Einzelfall: Noch nie haben sich junge Frauen mit der Familienplanung so viel Zeit gelassen. Bei der Geburt des ersten Kindes liegt das durchschnittliche Alter der Mütter knapp unter 30 Jahre.

Die Gesellschaft hat sich im Lauf der Jahrzehnte gewandelt: Nach der Ausbildung oder dem Studium möchten die meisten Frauen im Berufsleben Fuß fassen. Für drei oder mehr Erziehungsjahre den Arbeitsplatz zu verlassen, bremsst oft den Aufstieg. Vor allem Akademikerinnen schieben deshalb den Kinderwunsch immer weiter nach hinten. Oft ist es dann ganz zu spät: vier von zehn bekommen gar keine Kinder.

Kinder oder Karriere? Beides miteinander zu verbinden, wäre der Idealfall. Doch in Deutschland mangelt es an der Kinderbetreuung. Die Klagen: zu wenig Angebote, zu teuer, zu unflexibel. Insbesondere für

Kinder unter drei Jahren fehlen vielerorts Betreuungsangebote. So bleibt oft nur das Engagement einer Tagesmutter, was mit erheblichen Kosten verbunden ist. Und selbst die öffentlichen Kindergartenangebote kommen mit ihren Öffnungs- und Ferienzeiten den Bedürfnissen der Arbeitnehmer nicht richtig entgegen.

Konstanze Carreras darf sich glücklich schätzen. Die Pressesprecherin der BMW Group für Gesellschaftspolitik hat für ihren dreijährigen Sohn Mateu in der Nähe ihres Arbeitsplatzes eine ganztägige Betreuung gefunden. 1992 wurde eine betriebsnahe Elterninitiative gegründet, die von



BMW-Strolche

Mitarbeitern des Autobauers getragen wird. Bei den „BMW-Strolchen“ werden 18 Kinder im Alter von zwei bis sechs Jahren von Fachkräften betreut. In zwei Monaten kommt eine Krippe für die Kleinsten bis zwei Jahre hinzu.

Der Konzern stellt Räumlichkeiten, Einrichtung und Spielzeug, die Erzieherinnen und Kinderpflegerinnen werden von Mitgliedsbeiträgen, städtischen Zuschüssen und durch Spenden finanziert. Von 7.30 bis 17.00 Uhr werden

die BMW-Kinder gehütet, anders als bei öffentlichen Einrichtungen werden die Ferienzeiten auf Elternabenden gemeinsam festgelegt.

Eine verbesserte Betreuung würde jungen Frauen wie Jasmin die Entscheidung erleichtern. Aber nicht nur an solchen Rahmenbedingungen fehlt es: „Unsere Gesellschaft ist Kinder-entwöhnt“, findet JU-Chef Manfred Weber. Er fordert eine Wende hin zur Kinderfreundlichkeit. „Wenn ein Kind in der Straßenbahn schreit, dann ist das keine Lärmbelästigung, sondern ein Geschenk.“

Isabelle Kürschner



Der Beitritt der Türkei und die Agrarpolitik sind wichtige europäische Themen.

Meilenstein mit Stolpergefahr

Osterweiterung: historisches Ereignis vor der Wahl

Sonntagabend, 20. Juni 1976. In Belgrad verwandelt Antonin Panenka gegen Sepp Maier den entscheidenden Elfmeter zum 7:5, nachdem Uli Hoeneß soeben verschossen hat: Die Fußballmannschaft der Tschechoslowakei ist Europas Nummer 1. Der Jubel über den EM-Titel hält jedoch nicht lange an, schon bald müssen die Meister-Kicker wieder zurück hinter den Eisernen Vorhang.

18 Jahre nach dem Erfolg über Deutschland betreten die Tschechen jetzt nicht nur sportlich europäisches Terrain, sondern auch politisch. Der 1. Mai 2004 ist für Tschechien und neun weitere Ost-Staaten ein historisches Datum. Kalter Krieg und Kommunismus gehören längst der Vergangenheit an, von nun an sind die einst von der Sowjetunion dominierten Länder vollwertige Mitglieder der Europäischen Union.

Knapp 14 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung folgt die europäische. Die Aufnahme von

Polen, Tschechien und Co. ist politisch ein Meilenstein und sichert nachhaltig den Frieden zwischen West und Ost – auch das wäre bis Ende der Achtziger undenkbar gewesen. Das Zusammenwachsen ist gewiss auch eine kulturelle Bereicherung.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen hingegen sind unklar. Nicht ganz unbegründet sind die Sorgen, dass

Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft gen Osten abwandern. Drei bis fünf Euro kostet in den neuen EU-Ländern eine Stunde Arbeit, in Deutschland dagegen das Vier- oder Fünffache; auch deutlich niedrigere Steuerbelastungen locken Investoren aus dem Westen an – Brillenhersteller Rodenstock zum Beispiel, der hunderte Arbeitsplätze vom Bayerischen Wald nach Tschechien verlagert.

Europa wählt

Auf die Wahlbeteiligung kommt es an! Gute Prozentwerte allein reichen bei der Europawahl am 13. Juni nicht aus. Für die Sitzverteilung im EU-Parlament in Straßburg ist entscheidend, wie stark die CSU bundesweit abschneidet. In anderen Bundesländern könnte die Wählermotivation größer sein:

Thüringen wählt am selben Tag den Landtag, in Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt locken die Kommunalwahlen an die Urnen. Ein gutes CSU-Ergebnis setzt also auch eine entsprechende Wahlbeteiligung in Bayern voraus.

Bayerns Unternehmen müssen sich auf verschärften Wettbewerb einstellen: Die Konkurrenz aus dem Osten ist nicht nur motiviert, sondern auch ausgestattet mit reichlich Subventionen aus Brüssel. Während Tschechien die höchste EU-Förderung bekommt, wird für die bayerischen Grenzregionen bald womöglich jegliche Unterstützung entfallen.

Den Preisdruck fürchten müssen zum Beispiel Friseure oder Kfz-Mechaniker, aber auch das Bau- und Reinigungsgewerbe. Bedenken, Billigarbeiter könnten auf den deutschen Arbeitsmarkt drängen, sind vorerst unbegründet. Mindestens die nächsten zwei Jahre, eher aber bis 2009 oder gar 2011, ist der hiesige Arbeitsmarkt für die Osteuropäer gesperrt.

Sicher ist aber auch: Viele Betriebe werden profitieren. „Es eröffnen sich ganz neue Absatzmärkte“, macht Jürgen Linhart Mut. Der oberpfälzische JU-Bezirksvorsitzende hat die EU-Osterweiterung zu seinem Beruf gemacht: Als Rechtsanwalt hat er sich auf die Beratung deutscher und tschechischer Firmen spezialisiert. Linhart stellt fest: „Immer mehr bayerische Betriebe wollen die Chance der Erweiterung nutzen.“ Im Osten bestehe ein hoher Investitionsbedarf,

mit zunehmendem Wohlstand steige außerdem die Nachfrage nach hochwertigen Produkten.

Sichtbar wird die Osterweiterung auf Deutschlands Straßen. Während die Tschechen ihre Autobahnen in den vergangenen Jahren fleißig ausgebaut haben, geht in Deutschland kaum etwas voran. Experten befürchten einen regelrechten Verkehrskollaps. Zu erhöhter Kriminalität wird es dagegen eher nicht kommen: An den Grenzen zu Tschechien und Polen wird weiter kontrolliert. Erst wenn die neuen Länder den so genannten Schengen-Standard erreichen, sollen die Grenzhäuschen geschlossen werden. Dazu wird es jedoch frühestens 2007 kommen.

Den zehn Beitrittsländern könnten in den kommenden Jahren weitere folgen. Bulgarien und Rumänien stehen auf der Warteliste ganz oben, aber auch die Ukraine, Weißrussland, Kroatien, Mazedonien und Moldawien betonen ihre Ambitionen.

Wo liegen die Grenzen der EU? Der Beitrittswunsch der Türkei hat eine breite Diskussion entfacht. CSU und Junge Union haben frühzeitig Farbe bekannt: Für die Türkei sei schon aus kulturellen und geographischen Gründen kein Platz in der Union.

Deutlich spricht sich JU-Chef Manfred Weber gegen einen Beitritt der Türkei aus. Und grundsätzlich müsse für die „nächsten zehn Jahre mit Erweiterungen Schluss sein“ (siehe Interview).

Die Debatten um weitere Aufnahmen werden sicher spannend werden. Aber auch sonst dürfte das EU-Parlament in Straßburg in den kommenden Jahren mehr und mehr ins Rampenlicht rücken.



Blick gen Westen: Karlsbrücke und Veitsdom, Prager Wahrzeichen.

Bereits jetzt sind 60 Prozent des für die Wirtschaft geltenden Rechts auf europäischer Ebene beschlossen worden, in der Landwirtschaft wird sogar über 70 Prozent von der EU geregelt. Die Europäische Union hat Einfluss auf das alltägliche Leben der insgesamt 453 Millionen Einwohner. Bislang nehmen das die meisten jedoch kaum wahr – nur die Raucher sind mit den Gesundheitshinweisen auf den Zigarettenschachteln bestens vertraut.

In den nächsten Jahren wird es auch darum gehen, den Brüsseler Bürokratiedschungel zu lichten. 6000 zusätzliche Beamte werden heuer eingestellt, auch das lässt nicht unbedingt eine Kehrtwende erhoffen. CSU und Junge Union stehen für mehr Eigenverantwortung der Staaten, Länder und Kommunen. Umso wichtiger, dass sie auf europäischem Parkett den Regelungswütigen kräftig Paroli bieten können. Die Stimmung für einen Wahlsieg ist gut – nur leider weiß immer noch über die Hälfte der Bürger nicht, dass am 13. Juni eine bedeutende Wahl ansteht...

Thomas Breitenfellner

„Dort wird die Zukunft entschieden“

Manfred Weber ist Spitzenkandidat der Jungen Union

Weshalb zieht es dich ins Europaparlament?

Weber: Kürzlich haben wir im Umweltausschuss des Landtags über die Klärschlamm Entsorgung in Bayern diskutiert. Da wurde uns gesagt, wir können zur Zeit sowieso nichts unternehmen, weil eine EU-Richtlinie in Vorbereitung ist, die den Sachverhalt regeln wird. Fakt ist: Europa ist heute schon die zentrale politische Ebene. Gerade als junger Abgeordneter und auch für die Junge Union gilt: Wir müssen uns dort einbringen, wo über unsere Zukunft entschieden wird.

Was würdest du als EU-Abgeordneter am liebsten sofort anpacken?

Weber: Durch die Osterweiterung wird unser Mittelstand einem neuen Wettbewerbsdruck ausgesetzt sein: Fördergefälle und Steuergefälle müssen abgebaut werden. Außerdem hat uns der schreckliche Terror-

Anschlag von Madrid gezeigt, dass die Innere Sicherheit auch ein europäisches Thema ist.

In welche Richtung sollte sich die Europäische Union langfristig entwickeln?

Weber: Ich träume von einem Europa der Regionen. Wir haben mit Oberösterreich und Tirol doch mehr Gemeinsamkeiten als mit manchen „Nordlichtern“. Die Unterschiedlichkeit in Europa, zwischen Tschechen, Polen, Österreichern oder Bayern kann mit einem gesunden Wettbewerbsföderalismus positiv sein. Und ich träume von einem starken Europa, das gemeinsam in der Außen- und Verteidigungspolitik auftritt. Europa ist derzeit doch ein Spielball für die Amerikaner, weil wir uns so leicht spalten lassen.

Welche Länder haben noch ernsthafte Chancen, Mitglied der EU zu werden?

Weber: Wenn man fragt, ob Prag, Budapest und Warschau zu Europa gehören, dann wird das bejaht.

Wenn man allerdings fragt, ob Istanbul oder das Kurdengebiet zu Europa gehören, dann kommt ein klares Nein. Wer eine politische Einheit Europa bilden will, der muss auch die Identität, das Gespür der Bürger berücksichtigen. Aus meiner Sicht muss auf einen Zeitraum von zehn Jahren erst mal Schluss sein mit Erweiterungen.

Interview: Thomas Breitenfellner



„Träume von einem starken Europa“: Manfred Weber.

Sicheres Ticket



Anja Weisgerber hat ein sicheres Ticket. Als Vertreterin Unterfrankens ist die 28-Jährige auf Listenplatz 4 gesetzt. Die promovierte Juristin kann allmählich in Brüssel und Straßburg nach einer Unterkunft Ausschau halten. Weisgerber ist seit 1995 in der Jungen Union aktiv, zudem seit drei Jahren Vize-Chefin des landesweiten CSU-Arbeitskreises für Umwelt und Landesplanung.

So jung war die CSU-Liste noch nie: Aus den Reihen der Jungen Union kommen 14 Europakandidaten.

4. Listenplatz: Anja Weisgerber (28 Jahre, Unterfranken), 8. JU-Spitzenkandidat Manfred Weber, MdL (32, Niederbayern), 11. Martin Kastler, MdEP (30, Schwabach), 13. Hans Koller (33, Niederbayern), 16. Benjamin Zeitler (23, Oberpfalz), 17. Harald Schwartz (35, Oberpfalz), 18. Marcus Wöhrle (19, Nürnberg), 19. Carolin Opel (25, Unterfranken), 20. Barbara Haimerl (36, Oberpfalz), 21. Beate Fischer (25, München), 22. Martin Schöffel (27, Oberfranken), 27. Reinhard Brandl (27, Oberbayern), 28. Thorsten Fiedel (27, Fürth), 31. Alexander Legler (27, Unterfranken).

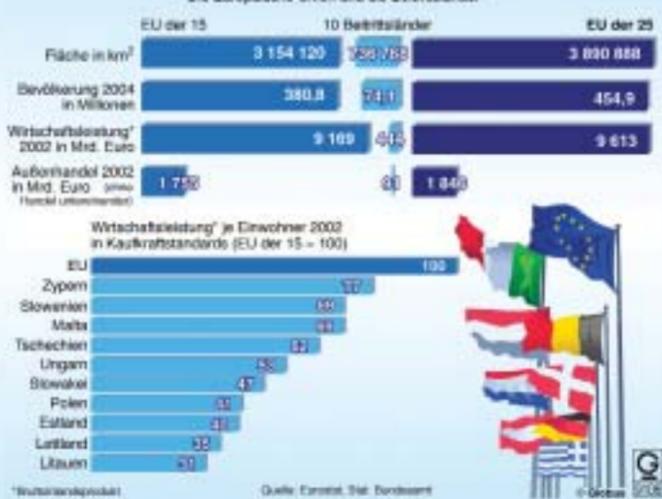
Mister X

Martin Kastler hofft auf die Wiederwahl. Im vergangenen Herbst ist der 30-Jährige aus Schwabach ins Europa-Parlament nachgerückt. Würde die CSU wie 1999 zehn Sitze gewinnen, müsste Kastler zurück auf die Wartebank. Parteichef Edmund Stoiber hat das Ziel „Zehn Sitze plus X“ vorgegeben. „Ich bin gewissermaßen Mister X“, gibt sich Kastler gelassen.



Europäische Union: 15 + 10 = 25

Die Europäische Union und die Beitrittsländer



„Steuern müssen deutlich runter“

Ein einfacheres Steuersystem, niedrigere Abgaben und weniger Subventionen – das sind die Forderungen der Jungen Union. Das Positionspapier zur Steuerpolitik findet große Beachtung.

Auf einem Bierdeckel wird man die Steuererklärung auch künftig nicht unterbekommen. Aber aus Sicht von JU-Vize Stefan Müller

Müller könnte sie immerhin auf zwei statt fünf Seiten untergebracht werden. „Wir wollen ein einfacheres Steuerwesen“, so der Erlanger Bundestagsabgeordnete.

Kommentar

Nicht verteufeln, sondern aufklären

Von Martin Kastler, MdEP

Die Bundesregierung will eine „Alcopops-Steuer“ einführen: Die süßen Mixgetränke sollen pro Flasche um 80 Cent teurer werden. Von der Steuer werden sich die Konsumenten nicht abschrecken lassen: Wer jetzt schon für seinen Wodka-Mix vier Euro locker sitzen hat, wird in der Disko künftig auch 4,80 bezahlen – oder die nächste „Happy Hour“ abwarten. Treffen würde die Steuer außerdem auch diejenigen, die Alcopops laut Gesetz trinken dürfen (ab 18 Jahre).

Wer es ernst meint mit dem Schutz der Jugendlichen, muss mit

Auf ganz neue Füße soll die Besteuerung von Einkommen gestellt werden. So fordert die Junge Union einen einheitlichen Grundfreibetrag von 8000 Euro für alle Familienmitglieder. Der Eingangsteuersatz soll laut JU-Konzept auf 9 Prozent gesenkt und der linearprogressive Tarif durch Steuerstufen von 19 Prozent, 29 Prozent und 39 Prozent ersetzt werden. Müller: „Langfristig müssen wir mit den Steuern deutlich runter.“

Die angestrebte Steuersenkung soll durch einen Abbau von Subventionen und Steuervergünstigungen finanziert werden. Von den 69 Steuerbefreiungen sollen zahlreiche gestrichen werden. Auch der Arbeitnehmerpauschbetrag soll entfallen, dafür müssten die Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte mit 25 Cent pro Kilometer weiter berücksichtigt werden, ebenso die Kosten für öffentliche Verkehrsmittel.



ihnen reden, muss sensibilisieren, statt pauschal zu kriminalisieren und nebenbei noch Steuern zu kassieren. Was wir brauchen, ist klar: Mehr gezielte Information der Jugendlichen und ein Verbot von irreführender Werbung. Und generell: Kontrolle statt Steuer! Gezielt statt teuer! Kontrolliert man Europas Ladenkassen rigoros und wandert Smirnoff samt der eiskühlen Kollegen vom Cola-Schrank zum Schnapsregal, ist der Jugend schon mal viel geholfen.

Martin Sailer, Manfred Weber,
Georg Fahrenscho

Pro G 8

Die Einführung des achtstufigen Gymnasiums wird vom bildungspolitischen Sprecher der Jungen Union, Bernd Sibler, befürwortet. Voraussetzung sei der Erhalt bzw. Ausbau der bisherigen Qualität. Der Landtagsabgeordnete aus Deggendorf fordert eine Reduzierung der Lehrpläne und plädiert dafür, Grund- und Leistungskurse in der Kollegstufe zu erhalten. Sie führten bei den Schülern zu einem erheblichen Motivationsschub.

Um den Korrekturaufwand der Sprachenlehrer an den Schulen zu reduzieren, schlägt die JU vor, eine Schulaufgabe pro Jahr durch einen mündlichen Vortrag in Gesprächsform zu ersetzen. Dadurch werde die aktive sprachliche Kompetenz der Schüler gestärkt. „Damit käme man den konkreten Bedürfnissen nach“, so Sibler.

Auch das frühere Einschulen von Kindern findet bei der Jungen Union Zustimmung. Das Durchschnittsalter der ABC-Schützen wird so von 6,8 Jahre auf 6,2 Jahre gesenkt.

Reformmotor

Die Berliner im Münchner Maximilianeum: Die zwölf jungen Bundestagsabgeordneten der CSU trafen sich mit ihren acht JU-Kollegen aus dem Bayerischen Landtag. Beim Treffen der Abgeordneten betonte Manfred Weber, die Junge Union sei in München und Berlin der „Reformmotor“. Beide Gruppen vereinbarten eine stärkere Vernetzung und gründeten auf Initiative von Georg Fahrenscho eine gemeinsame Arbeitsgruppe zur Pflegeversicherung – im Sommer soll ein Reformkonzept vorgelegt werden.



Plakatieren für den Regierungswechsel: Landeschef Manfred Weber (rechts) und der oberbayerische Bezirksvorsitzende Georg Rohleder.

Wechsel im Visier

Aufmerksamkeit über die Landesgrenzen hinaus erreichte die JU Bayern mit ihrer Forderung nach Neuwahlen. Nur einen Tag nach Gerhard Schröders Rücktritt als SPD-Vorsitzender klebte die Junge Union vor der bayerischen SPD-Zentrale am Münchner Oberanger

Plakate. Landesvorsitzender Manfred Weber legte selbst Hand an und eröffnete mit Kleister und Pinsel die landesweite Plakataktion. Weber sagte, Schröder sei enorm geschwächt und nicht mehr in der Lage, Deutschland aus der Krise zu führen. Seine Bilanz sei verheerend, der Rücktritt längst überfällig.

Medienseminar

Tipps und Tricks für die Pressesprecher der Jungen Union. Medienexperte Matthias Lange, Chefredakteur der Zeitschrift Creative Live, gab den JU-Sprechern im Rahmen eines Seminars zahlreiche Ratschläge für die Pressearbeit vor Ort. Darüber hinaus führte der Chefredakteur des Fränkischen Tag, Siegfried Hänndl, die JU-Funktionäre durch das Bamberger Medienhaus. Das Seminar, organisiert von Bundestagsabgeordneter Dorothee Mantel und Deutschlandrätin Kathrin Gwosdek, soll im Herbst auch für die südbayerischen JU-Verbände angeboten werden.

42 Stunden

„Zur 42-Stunden-Woche für Beamte gibt es keine Alternative“, so Manfred Weber. Schwierige Zeiten erforderten außergewöhnliche Anstrengungen aller. Der immens hohe Personalkostenanteil im bayerischen Haushalt schnüre die Freiräume für Investitionen zu, „ein entsprechender Beitrag der Staatsdiener“ sei daher gerechtfertigt. Gleiches gelte für die Angestellten und Arbeiter im Öffentlichen Dienst. Eine längere Arbeitszeit müsse für alle Mitarbeiter eingeführt werden, also nicht nur für neueingestellte oder beförderte. „Das geht sonst voll zu Lasten der Jungen.“

Porträt

„Dienstleistung für die Verbände“

Christian Hügel ist neuer Landesgeschäftsführer der Jungen Union. Anfang des Jahres bezog der 26-Jährige sein Büro im Münchner Franz-Josef-Strauß-Haus. Er ist Nachfolger von Florian Hahn, der nun KPVG-Geschäftsführer ist.

„Ich habe das Angebot von Manfred Weber gerne angenommen“, sagt Hügel, der in Bernau am Chiemsee zu Hause ist. Lange schon ist der Oberbayer in der Jungen Union engagiert, im vergangenen Sommer wählten ihn die Delegierten erstmals in den Landesvorstand.

Wahlkämpfe zu leiten, ist für den JU-Organisationschef nichts neues, in dem Bereich konnte er sich in Stadt und Landkreis Rosenheim mehrmals üben. Auch die Pressearbeit liegt ihm: Neben dem Politikstudium arbeitete Hügel für *Die Welt* und die TV-Sender *Sat.1* und *N24*.

Die Tätigkeit als JU-Geschäftsführer sei spannend und vielseitig zugleich. „Besonders die Arbeit mit den Orts- und Kreisverbänden ist eine tolle Erfahrung“, so Hügel, „weil man auf diesen Ebenen mit vielen motivierten und idealistischen jungen Leuten zusammentrifft.“

Drei Aufgaben liegen ihm besonders am Herzen: Die Mitgliederwerbung will er aktiv unterstützen, außerdem die Dienstleistung verbessern, „um den Verbänden die Arbeit zu erleichtern“. Und schließlich hat er sich vorgenommen, die Kommunikation innerhalb der JU zu intensivieren. Der erste große Schritt in diese Richtung sei die Herausgabe des **bajuwaren**, den alle JU-Mitglieder erhalten.



„Höhepunkt des Jahres“

Bevölkerungsentwicklung und Europa im Blickwinkel

An herausfordernden Themen mangelt es nicht, wenn sich die rund 300 Delegierten der Jungen Union am 1. und 2. Mai in Bamberg zu ihrer Landesversammlung unter dem Titel „Mehr Bayern in Europa“ treffen. Spätestens seit der Diskussionen um die Generationen-Gerechtigkeit ist eine Frage in den Vordergrund getreten: die demographische Entwicklung. Auf ihrer Landesversammlung will die JU Bayern Antworten finden. „Die Debatten-Landesversammlung in Bamberg soll zum Höhepunkt des JU-Jahres werden. Wir wollen uns intensiv mit den entscheidenden Zukunftsfragen auseinandersetzen“, kündigt JU-Chef Manfred Weber an.

Den zweiten Schwerpunkt soll nach Webers Willen die Europapolitik bilden. Nachdem mehrere

JU-Kandidaten aussichtsreich auf der CSU-Liste platziert sind, wird die Landesversammlung europapolitische Leitlinien für die Wahlen am 13. Juni verabschieden. Zu den beiden Hauptpunkten werden prominente Gäste als Redner auf der Landesversammlung erwartet (siehe Kasten). Als weiteres Thema hat sich die Diskussion um die Wehr- und Dienstpflicht hinzugesellt.

Trotz dieser inhaltlichen Schwerpunkte werden sich die Delegierten auch mit JU-internen Fragen beschäftigen. Ganz oben auf der Agenda stehen dazu die Nominierung der Kandidaten für den Bundesvorstand und der Beschluss einer neuen Satzung. In einem Mammutprojekt hat eine Kommission mit den Bundesvorstandsmitgliedern Carolin

Opel und Nadine Pallas an der Spitze die Satzung der JU Bayern in eine moderne Fassung gebracht.

Die Gäste:

- **Peter Müller**
Ministerpräsident des Saarlands
- **Dr. Markus Söder**
Generalsekretär der CSU
- **Stephan Götzl**
Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Bayerischen Wirtschaft
- **Markus Ferber**
Vorsitzender der CSU-Europagruppe

Die Themen:

- **Demographischer Wandel**
Die Antworten der jungen Generation
- **Wo ist Bayerns Platz in Europa?**
Europapolitische Leitlinien der Jungen Union
- **Anpassung an die Praxis**
Die JU gibt sich eine neue Satzung

Unter anderem werden Realitäten, wie ein Geschäftsführer auf Ortsebene, die Aufnahme von Mitgliedern durch den Ortsvorsitzenden oder nur noch einmal im Jahr verpflichtende Mitgliederversammlungen in die JU-Satzung aufgenommen. Zusätzlich wurden unklare Formulierungen verdeutlicht oder ergänzt. Insgesamt soll die neue Satzung die Arbeit der Verbände vereinfachen und für mehr Klarheit in der Auslegung sorgen.

ch



„Die Vielfalt ist spannend“: Bambergs Landtagsabgeordnete Melanie Beck.

Große Geschichte

Bamberg – Gastgeber der Jungen Union

Alle Wege führen anlässlich der JU-Landesversammlung am 1. und 2. Mai nicht in die ewige Stadt, sondern nach Bamberg. Der Vergleich mit Rom und anderen Weltstädten ist dennoch nicht ganz aus der Luft gegriffen: Bamberg ist wie Rom auf sieben Hügeln errichtet, wie Venedig von Wasserstraßen durchzogen und mindestens so schön wie die Altstadt von Prag.

„Heimat für alle Wünsche und Erwartungen“, sagt einer, der die Stadt zwölf Jahre als Oberbürgermeister repräsentiert hat, außerdem für die CSU in Bonn war. Der heute 77-jährige Paul Röhner schwärmt: „Wir haben eine große Geschichte.“

Herzog Heinrich von Bayern machte Bamberg schon vor einem Jahrtausend berühmt, er wird 1002

deutscher König, 1014 Kaiser und gründet das Bistum Bamberg. Die Stadt wird in seiner Regierungszeit das Zentrum des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation.

Bamberg's Historie bleibt abwechslungsreich. Zwar verliert die Stadt nach der Säkularisation ihren Status als „Residenz“, aber es gibt viele geschichtliche „Schmankerln“, die darüber hinwegtrösten: Bis 1857 gehörte das österreichische Kärnten zu Bamberg, 1919 war die Stadt an der Regnitz Sitz der bayerischen Regierung und des Landtags. Bamberg ist auch deshalb heute so schön, sagt Röhner, da es den Krieg weitgehend unzerstört überlebte, ein geplanter Luftangriff der Alliierten im Februar 1945 platzte wegen Nebels.

An politischer Prominenz mangelt es nicht: Der dritte bayerische Ministerpräsident Hans Ehard (1946-1954) war ein Kind der Stadt,

Prälat Meixner fungierte in den Fünfzigern als CSU-Fraktionsvorsitzender im Landtag. Auch heute wird in Bamberg überwiegend „schwarz“ gewählt. Im vergangenen September zog Melanie Beck, eine gebürtige Bambergerin, als jüngste Abgeordnete ins Maximilia-

Altstadt

neum ein. Für die 28-Jährige lebt die 70.000-Einwohner-Stadt durch das Nebeneinander von Tradition und Moderne: „Die Vielfalt ist so spannend.“ Auch kulturell hat die Domstadt viel zu bieten – selbstbewusst bewirbt sich Bamberg fürs Jahr 2010 als Kulturhauptstadt Europas.

Kathrin Gwosdek



Historische Party

Der 1. Mai – für die zehn Beitrittsländer, aber auch für die bayerischen Grenzregionen ein ganz besonderes Datum. Die Wiedervereinigung Europas ist ein historisches Ereignis: Gemeinsam mit den Freunden aus Tschechien wird die Junge Union die EU-Osterweiterung feiern.

Am Vorabend der Osterweiterung, am 30. April, startet das Fest im tschechischen Eger/Cheb. Im Rathaus werden Staatsminister Erwin Huber und tschechische Ehrengäste sprechen, außerdem werden JU-Landeschef Manfred Weber und sein tschechischer Kollege von der Mladí Konzervativci,

Petr Sokol, eine gemeinsame Erklärung unterzeichnen. Beide wollen die Wichtigkeit und Notwendigkeit einer vertieften Zusammenarbeit betonen.

Nach einem Buffet in Tschechien wird die Feier nach Deutschland verlagert. Im oberpfälzischen Waldsassen (Kreis Tirschenreuth) findet die große Welcome-Europe-Party statt, zu der die gesamte Bevölkerung eingeladen ist. Bei europäischen Cocktails heizen die tschechische Band „Koala“ und die deutsche Gruppe „Pop nach Acht“ ein – ehe kurz vor Mitternacht der Countdown Richtung Osterweiterung heruntergezählt wird.

„Radikalen den Laufpass geben“

Johannes Gerster ist für die Adenauer-Stiftung in Israel



Johannes Gerster mit Jordaniens Wirtschaftsminister Mohammad Abu-Hammour (links) und Israels Handelsminister Ehud Olmert (rechts).

Halten Sie Frieden zwischen Israel und den Palästinensern für möglich?

Gerster: Frieden im Sinne europäischer Versöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg und nach dem Fall der Mauer in Europa wird es auf absehbare Zeit nicht geben. Aber ein modus vivendi mit einem Ende der Gewalt und einem Ausgleich auf der Basis zweier Staaten ist möglich. Wenn die Menschen eine Verbesserung ihrer eigenen Verhältnisse erkennen, geben sie den Radikalen den Laufpass.

Wie sehen Sie die derzeit aktuellen Friedensinitiativen?

Gerster: Das sind alles gute Ansätze. Was wir aber nötiger brauchen als neue Friedenspapiere, ist eine Verständigung der USA und der EU, Israelis und Palästinenser an den Verhandlungstisch zu zwingen. Das Doppelspiel, dass die USA Arafat

boykottieren und die EU-Staaten ihn finanzieren, muss endlich beendet werden.

Wie kann Deutschland helfen?

Gerster: Wenn sich Deutschland in Nahost als Vermittler aufspielt, werden Engländer, Franzosen und andere genau dies blockieren. Die Pflicht Deutschlands liegt zunächst auf europäischem Feld. Dort muss eine gemeinsame Strategie entwickelt, mit den USA abgestimmt und dann gemeinsam

gehandelt werden. Die Bundesregierung hat derzeit auf die EU in außenpolitischen Fragen Null Einfluss.

Welche Rolle sollte Europa spielen?

Gerster: Eine gemeinsame, übereinstimmende EU-Außenpolitik hätte Gewicht in Nahost. Die EU ist größter Geldgeber und wichtigster Handelspartner der Nahost-Staaten. Würden die Europäer mit einer Stimme reden, könnte man an ihnen nicht vorbeikommen.

Kann der Sperrzaun den Terrorismus eindämmen?

Gerster: Eindämmen vielleicht, lösen sicher nicht. Dazu müssen die Palästinenser eine Perspektive für eine eigene Identität, für eine aufzubauende Zivilgesellschaft und für wirtschaftliche Prosperität bekommen.

In welche Richtung entwickelt sich Israel?

Gerster: Das bei Gründung des Staates mit 650.000 Einwohnern stark europäisch orientierte Land ist heute mit 6,5 Millionen Bürgern mehr und mehr orientalisches geprägt. Israel hat als moderner Industriestaat alle Chancen, Motor auf wirtschaftlichem und wissenschaftlichem Gebiet für den gesamten Nahostraum zu werden.

Welches Deutschlandbild finden Sie in Israel vor?

Gerster: Bei der Beliebtheit liegt Deutschland im letzten Drittel. Noch bestimmt der Holocaust das Bild. Jedoch erkennt die Mehrheit, dass das heutige Deutschland zu den verlässlichsten Freunden Israels zählt. Auch sind wir als größter Handelspartner nach den USA durchaus anerkannt.

Interview: Maximilian Benner



Der 63-jährige Gerster ist seit 1997 als Repräsentant der Konrad-Adenauer-Stiftung in Israel. Zuvor war das CDU-Mitglied

lange Jahre in der Politik aktiv: Von 1972 bis 1976 sowie von 1977 bis 1994 saß Gerster im Deutschen Bundestag, zuletzt als Fraktions-Vize von CDU/CSU. Von 1993 bis 1997 stand er an der Spitze des Landesverbandes Rheinland-Pfalz und führte die CDU 1996 als Spitzenkandidat in die Landtagswahl.



Die Wehrpflicht abschaffen?

Pro



Hans-Dieter Lemke

Roman Herzog hatte es schon 1995 treffend auf den Punkt gebracht: Streitkräfte-interne, ökonomische und gesellschaftliche Vorteile reichen zur Begründung der Wehrpflicht nicht aus. Sie ist vielmehr ein so tiefer Eingriff in die Freiheit junger Bürger, dass ihn „der demokratische Rechtsstaat nur fordern darf, wenn es die äußere Sicherheit wirklich gebietet“.

Das ist nicht mehr der Fall, denn die Gefahr existentieller konventioneller Aggression ist passé, die alte Landesverteidigung also obsolet. Das neue militärische Aufgabenspektrum – internationale Krisenbewältigung und Terrorismusbekämpfung, ggf. Heimatschutz –, ist ohne Wehrpflichtige erfüllbar. Sie sind dafür zumeist auch ungenügend ausgebildet.

So ist der Pflichtwehrdienst nicht zwingend geboten und deshalb per se ungerechtfertigt. Mehr noch: Er wäre unververtretbar teuer, falls alle verfügbaren Wehrpflichtigen einberufen würden – oder wahrscheinlich verfassungswidrig, wenn die Bundeswehr nur einberufen wollte, wen sie braucht.

Es ist höchste Zeit, die Realität anzuerkennen: Die Wehrpflicht hat ihre Schuldigkeit getan, jetzt kann und muss sie weg.

Der Autor ist Oberst a. D. und Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.

Fällt die Wehrpflicht, fehlen in Deutschland 90.000 Zivildienstleistende (in Bayern 11.000).

Contra



Werner Widder

Seit Gründung der Bundeswehr 1955 beruht unsere Armee auf der Bereitschaft und Pflicht der jungen Männer, als „geborene Verteidiger“ unseres Staates Wehrdienst zu leisten. Dies hat sich überaus bewährt.

Unser demokratisches Gemeinwesen braucht den persönlichen Beitrag des Einzelnen. Wehrpflicht macht die Bundeswehr zur „Armee des Volkes“. Mitgebrachte Vorkenntnisse, vielfältige individuelle Begabungen und die Bandbreite beruflicher Qualifikationen machen die Wehrpflichtarmee besser als „Profi-Streitkräfte“. Wehrpflicht bleibt „zeitgemäß“: Etwa 20 Prozent der Soldaten in den Friedenseinsätzen leisten (freiwillig längeren) Grundwehrdienst.

Wehrpflicht bleibt gerecht: Nur zwei bis fünf Prozent der für den Wehrdienst in Frage kommenden jungen Männer werden nicht herangezogen. Aus der Wehrpflicht kommt der Führungsnachwuchs: Jeder Dritte gut qualifizierte Offizier oder Unteroffizier beginnt seine Karriere als Grundwehrdienstleistender.

Wehrpflicht ist „preiswert“: Ein Berufssoldat kostet etwa 29.300 Euro im Jahr, ein Wehrpflichtiger nur 11.500 Euro. Die Bundeswehr ist eine leistungsfähige, gute Truppe – vor allem durch die Wehrpflicht!

Der Autor ist Generalmajor a. D. und Präsident des Förderkreises Deutsches Heer e. V.



Ein Fürther in Nürnberg

Thorsten Fiedel ist neuer Bezirksvorsitzender in Nürnberg/Fürth/Schwabach. Er beerbt den Nürnberger Stadtrat Sebastian Brehm, der vier Jahre lang an der Spitze des JU-Bezirksverbandes gestanden war.



Thorsten Fiedel

Während der Bezirksverband traditionell von einem JU-Mitglied aus der Frankenmetropole geführt wird, übernahm nun mit Thorsten Fiedel ein Fürther den Vorsitz. Bei der Wahl erhielt der 26-Jährige 95 Prozent der Stimmen. Einer politischen Organisation vorzuziehen, ist für Fiedel fast schon Routine: Der Mittelfranke war bereits Landesvorsitzender der Schüler-Union.

Wenn schon der Bezirkschef aus Fürth kommt, so stellen die Nürnberger immerhin alle vier Stellvertreter. Gewählt wurden Tobias Schmidt (Kreisverband Nord), die Bundestagsabgeordnete Melanie Oßwald (West), Marcus König (Ost) und Bezirksrat Andreas Kriegelstein (Süd). Schatzmeister ist Matthias Dießl (Fürth-Land) Schriftführer wurden der Europaabgeordnete Martin Kastler (Schwabach) und Carolin Schoen (Fürth-Land).



Gratulanten aus Bund und Land: Mit Kathrin Gwosdek freuen sich Umweltminister Werner Schnappauf, Manfred Weber, Bundestagsabgeordneter Hans Michelbach sowie Staatssekretär Jürgen Heike (von links).

Neuanfang in München

Große Mehrheit für den Hoffnungsträger: Tobias Weiß ist neuer JU-Bezirksvorsitzender in München. Nach einem stürmischen Jahr will der 22-Jährige den Verband wieder in ruhige Gewässer steuern. „Weniger Personalpolitik und dafür wieder mehr inhaltliche Arbeit“, hat Weiß auf der Delegiertenversammlung gefordert.

In den nächsten Jahren gehe es darum, sich insbesondere in der Kommunalpolitik zu profilieren. Frühzeitig müsse die Basis für einen Sieg bei der Stadtratswahl gelegt werden, zudem müsse im Jahr 2008 der Nachfolger für Oberbürgermeister Christian Ude aus den Reihen der CSU kommen. „Dem Ziel, das Rathaus zu erobern, werden wir alles unterordnen.“

Weiß, der bislang Bezirksgeschäftsführer war, will in seiner Amtszeit außerdem die Ortsverbände stärken und für eine verbesserte Organisation und Kommunikation sorgen. Mit dem Beschluss eines Ehrenkodexes



Weber, Weiß, Dietrich

will Weiß erreichen, dass sich künftig alle Mitglieder an die Satzung halten.

Den Weg des neuen Vorsitzenden wollen die Mitglieder offensichtlich mitgehen: Mit 96,5 Prozent der Stimmen erhielt Weiß ein eindrucksvolles Ergebnis. Seine Stellvertreter sind Larissa Schmucker, Martin Kupka, Michael Dzeba und Alexander Dietrich, der den Bezirksverband seit verganginem September kommissarisch geleitet hatte.

Eine Frau in der Männer-Riege

Zum ersten Mal in der Geschichte der JU Oberfranken steht eine Frau an der Spitze. Bei der Neuwahl in Neustadt wurde JU-Deutschlandrätin Kathrin Gwosdek zur Bezirksvorsitzenden gewählt. Mit der 25-Jährigen ist nun auch wieder eine Frau in der Riege der Bezirkschefs.

Wie immer in Oberfranken war die Wahl an Span-

nung kaum zu übertreffen: Für Gwosdek votierten 49 Delegierte, Gegenkandidat Oliver Bär bekam drei Stimmen weniger. Der bisherige Vorsitzende Jürgen Baumgärtner war nach vierjähriger Amtszeit nicht mehr angetreten. Gwosdeks Stellvertreter wurden Marc Benker (Kulmbach), Kathrin Morell (Forchheim), Oliver Junk (Bayreuth-Stadt) und Irina Oltsch (Bamberg-Land). Zum Schatzmeister bestimmten die Delegierten Florian Wiedemann (Bayreuth-Land), Schriftführer wurde Kurt Knoch (Coburg-Stadt).

Sensationen im Gerichtssaal

Über Gerichtsshow im Fernsehen und deren Wahrheitsgehalt diskutierten „Fernsehrichter“ Alexander Hold (Sat.1), Justizministerin Beate Merk und Oberstaatsanwalt Horst Böhm bei einer Veranstaltung der JU Schwaben und der JU Augsburg-Land in Gersthofen.

„Wenn es in bayerischen Gerichten so zugehen würde, wie im Fernsehen gezeigt, müssten wir dringend etwas unternehmen“, machte die



Justizministerin deutlich. Zwar würde der Ablauf eines Prozesses korrekt dargestellt, aber es gebe viele Situationen, die in der Realität anders ablaufen, meinte Oberstaatsanwalt Böhm kritisch. Dass in seiner Sendung zunächst die Unterhaltung und nicht die Bildung im Vorder-

Sparideen

Der Frankenmetropole fehlt das Geld. Aus diesem Grund sammelt der JU-Kreisverband Nürnberg-Ost zwar kein Geld – aber Sparvorschläge. Weil Oberbürgermeister Ulrich Maly offenbar nicht in der Lage ist, wirkungsvolle Einsparungen vorzunehmen, will der CSU-Nachwuchs dem SPD-Politiker unter die Arme greifen. Die Junge Union rief die Bürger auf, ihre Vorschläge an die JU-Geschäftsstelle zu schicken, um sie dann gesammelt an den Stadtkämmerer übergeben zu können. „Wenn schon nicht der Oberbürgermeister, dann sollen wenigstens die Bürger ihre Heimatstadt retten“, so JU-Kreischef Marcus König.

Theater

Da sagt noch jemand, Schauspieler seien im politischen Geschäft nicht erwünscht: Weil der erste Theater-Contest der JU Würzburg-Stadt im vergangenen Jahr so erfolgreich war, ist für heuer eine Neuauflage angesetzt. Am 2. Juli gibt die Junge Union im Theater Chambinsky nachwachsenden Künstlern erneut eine Plattform: Schulgruppen, Laienschauspieler und Einzeldarsteller dürfen auf die Bretter, um ihr Können zu zeigen. Würzburgs JU-Vorsitzender Andreas Hellbach hält die Aktion für ein gutes Stück Jugendkultur. Lustiger und spannender als die Castingshows von Bohlen und Co. sei der JU-Contest allemal.

grund stehe, räumte der Kemptener Fernsehrichter Alexander Hold ein. Seine Sendung, die täglich um 16 Uhr ausgestrahlt wird, wird von Medienwächtern auch vor dem Hintergrund des Jugendschutzes kritisiert.

Der schwäbische JU-Bezirksvorsitzende und Landtagsabgeordnete Martin Sailer erklärte: „Wenn die Arbeit der Justiz adäquat dargestellt wird und die behandelten Fälle der Realität entsprechen, ist gegen Gerichtsshow nichts einzuwenden.“ Zu einer reinen Sensationsshow dürfe eine solche Sendung aber keinesfalls werden, so Sailer.

Tanktouristen

Die Ökosteuer treibt die deutschen Sprit-Preise in die Höhe. Um billiger tanken zu können, fahren viele Autofahrer ins benachbarte Ausland. Nicht nur dem Staat fehlen hierdurch Einnahmen: In den Grenzregionen geht Kaufkraft verloren, viele Tankstellen sind aufgrund der sinkenden Nachfrage gefährdet oder



haben bereits schließen müssen. Die Junge Union Oberbayern will nun den Tanktourismus stoppen. In einem Schreiben an Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement fordert der Bezirksverband, die Benzinpreise in grenznahen Gebieten zu ermäßigen. In Italien konnten mit diesem Schritt die eigenen Tankstellen wieder wettbewerbsfähig gemacht werden.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Junge Union Bayern
Landesvorsitzender
Manfred Weber
Nymphenburger Straße 64,
80335 München
Telefon: (089) 1243-242,
Telefax (089) 1298531
der-bajuware@ju-bayern.de
www.ju-bayern.de

Koordination:

Christian Hügel (Vi.S.d.P.)
Landesgeschäftsführer

Chefredakteur:

Thomas Breitenfellner

Redaktionelle Mitarbeit:

Maximilian Benner, Georg Fuchs, Kathrin Gwosdek, Isabelle Kürschner, Bernhard Kuttenhofer, Katja Voigt, Benjamin Zeitler.

Bilder:

ddp (7), dpa (3), faces-by-frank (2), Niedermaier (2), Adenauer-Stiftung (1), BMW (1), Graf von Schmettow (1), Siegbert Heuser (1), Redaktion (14)

Layout und Satz:

www.brainwaves.de

Druck und Verlag:

Atwerb Verlag KG

Auflage:

40.000

Keine Haftung für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte.

der bajuware erscheint vierteljährlich

Für die Mitglieder der Jungen Union Bayern ist der Bezug des Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Redaktions- und Anzeigenschluss für die nächste Ausgabe: 30. Juni.

Fragen, Meinungen, Anregungen?

Mail an
der-bajuware@ju-bayern.de

Schulden sind tabu

Stoiber trifft JU-Kreisvorsitzende

Die Kreisverbände bilden die wichtigste Ebene innerhalb der Jungen Union, findet Manfred Weber. Auch deshalb lud der Landesvorsitzende zu einer Kreisvorsitzendenkonferenz. Zwar schon seit einigen Jahren nicht mehr JU-Kreisvorsitzender, aber dennoch in Neufahrn (Kreis Freising) mit dabei: Ministerpräsident Edmund Stoiber.

Eindrucksvoll stellten sich die Kreisvorsitzenden hinter den Reformkurs der Staatsregierung. In einer Resolution betonten die JU-Funktionäre, zum Sparkurs gebe es keine Alternative. Neue Schulden sind offen-

bar ein Tabu: Die heutige Generation dürfe nicht weiter auf Kosten künftiger Generationen Politik betreiben.

Sich von „Liebgewonnenem“ zu trennen und verkrustete Strukturen aufzubrechen, ist die Forderung der Jungen Union. Bei den Einsparungen müsse jedoch differenziert werden: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Bildung, Forschung sowie Infrastruktur seien Zukunftsinvestitionen. „Wir Jungen müssen noch mehr Reformen einfordern“, so Weber. Der Staat müsse effizienter und wirtschaftlicher werden.

„Wir leben nicht im Schlaraffen-

land“, sagte Stoiber. „Ständig zu fordern, aber nicht zu sagen, wie es finanziert werden soll, das geht nicht.“ Nur wenn die Verschuldung zurückgeführt werde, könne der Staat wieder in die Zukunft investieren.

„Wir können der jungen Generation nicht noch mehr Lasten aufbürden“, betonte Stoiber auch angesichts der demographischen Entwicklung. Er versprach, trotz aller Proteste werde er an seinem Kurs festhalten. Oberbayerns JU-Chef Georg Rohleder ergänzte: „Während wir in die Offensive gehen, kneifen in der Partei leider viele.“



Namen

Die Junge Union fordert's, **Manuela Holm** setzt es um. Die Mitarbeiterin aus dem JU-Landessekretariat erwartet Nachwuchs. Anfang August soll ihr erstes Kind das Licht der Welt erblicken. Die Landesversammlung in Bamberg ist ihre vorerst letzte Aufgabe als JU-Mitarbeiterin.

Hochzeit in Nürnberg: Die JU-Bundestagsabgeordnete **Melanie Oßwald** heiratete Anfang April, die kirchliche Trauung steht noch bevor.

Bayerns RCDS mit neuer Führung: **Kurt Höller** löste **Ralf Müller** als Landeschef des Studentenverbandes ab.

Neue Geschäftsführer: Im Bezirksverband Nürnberg-Fürth-Schwabach ist nun **Jochen Kohler** Organisationschef, in Niederbayern wurde **Bernhard Kuttenhofer** berufen.

Edmund ist überall

Da staunten Thomas Danner (links) und Michael Jahns nicht schlecht: Als sie durch Sydney spazierten, stießen sie auf die Edmund Street. Wie es der Zufall wollte, waren die JU-Mitglieder aus dem niederbayerischen Ortsverband Dingolfing mit selbstgedruckten Stoiber-Shirts und weiß-blauer Rautenfahne ausgerüstet. Dass die Edmund Street direkt zur Katholischen Kirche führt, verwunderte die Australienreisenden freilich nicht sonderlich...



Mitgliederentwicklung in den Bezirks- und Kreisverbänden

Verband	1.1.03	1.4.04	absolut	%										
BV Schwaben	2987	3167	180	6,0%	KV Hof-Stadt	65	69	4	6,2%	KV Würzburg-Land	486	470	-16	-3,3%
BV Oberbayern	7313	7589	276	3,8%	KV Ebersberg	580	609	29	5,0%	KV Aschaffenburg-Stadt	81	78	-3	-3,7%
BV Mittelfranken	2017	2084	67	3,3%	KV Neu-Ulm	185	194	9	4,9%	KV Schweinfurt-Land	202	194	-8	-4,0%
BV Oberfranken	3810	3896	86	2,3%	KV München VI	320	334	14	4,4%	KV Bad Tölz-Wolfratshausen	198	190	-8	-4,0%
BV Niederbayern	4342	4385	43	1,0%	KV Amberg-Stadt	69	72	3	4,3%	KV München X	341	327	-14	-4,1%
BV Nürnberg / Fürth / Schw.	1218	1191	-27	-2,2%	KV Passau-Land	788	819	31	3,9%	KV Nürnberg-Nord	289	277	-12	-4,2%
BV München	2433	2374	-59	-2,4%	KV Nürnberg-Ost	232	241	9	3,9%	KV Kronach	849	812	-37	-4,4%
BV Unterfranken	2799	2724	-75	-2,7%	KV Memmingen-Stadt	89	92	3	3,4%	KV Dingolfing-Landau	252	241	-11	-4,4%
BV Oberpfalz	5807	5619	-188	-3,2%	KV Rottal-Inn	344	353	9	2,6%	KV Neuburg-Schrobenh.	259	247	-12	-4,6%
BV Augsburg	376	294	-82	-21,8%	KV Schweinfurt-Stadt	47	48	1	2,1%	KV Kitzingen	163	155	-8	-4,9%
					KV Bayreuth-Stadt	99	101	2	2,0%	KV Würzburg-Stadt	157	149	-8	-5,1%
					KV Bamberg-Land	498	507	9	1,8%	KV Starnberg	116	110	-6	-5,2%
					KV Landshut-Land	390	396	6	1,5%	KV Aichach-Friedberg	364	343	-21	-5,8%
					KV Straubing-Stadt	89	90	1	1,1%	KV Amberg-Sulzbach	584	549	-35	-6,0%
					KV Günzburg	399	403	4	1,0%	KV Neustadt a. d. Waldnaab	1093	1027	-66	-6,0%
					KV Straubing-Bogen	714	720	6	0,8%	KV Neumarkt / Opf.	552	518	-34	-6,2%
					KV Nürnberger Land	486	490	4	0,8%	KV Mühldorf a. Inn	487	457	-30	-6,2%
					KV Fürth-Stadt	122	123	1	0,8%	KV Nürnberg-Süd	145	136	-9	-6,2%
					KV Aschaffenburg-Land	229	230	1	0,4%	KV Erlangen-Höchstadt	306	287	-19	-6,2%
					KV München I	252	253	1	0,4%	KV Regensburg	403	377	-26	-6,5%
					KV Deggendorf	508	510	2	0,4%	KV Freising	200	187	-13	-6,5%
					KV Dachau	254	254	0	0,0%	KV Miltenberg	337	311	-26	-7,7%
					KV München III	191	191	0	0,0%	KV Wunsiedel	152	140	-12	-7,9%
					KV Augsburg-Land	494	494	0	0,0%	KV Cham	608	559	-49	-8,1%
					KV Lichtenfels	292	291	-1	-0,3%	KV Bad Kissingen	265	242	-23	-8,7%
					KV Regensburg-Stadt	709	704	-5	-0,7%	KV Nürnberg-West	126	113	-13	-10,3%
					KV Rhön-Grabfeld	214	212	-2	-0,9%	KV Ostallgäu	198	176	-22	-11,1%
					KV Haßberge	409	405	-4	-1,0%	KV Ingolstadt	302	266	-36	-11,9%
					KV Tirschenreuth	1015	1003	-12	-1,2%	KV München IX	342	300	-42	-12,3%
					KV Traunstein	345	340	-5	-1,4%	KV Ansbach-Stadt	46	40	-6	-13,0%
					KV Rosenheim-Land	792	780	-12	-1,5%	KV Augsburg - West	184	158	-26	-14,1%
					KV Eichstätt	792	779	-13	-1,6%	KV Lindau / Bodensee	146	124	-22	-15,1%
					KV Kulmbach	334	328	-6	-1,8%	KV Unterallgäu	216	183	-33	-15,3%
					KV Passau-Stadt	145	142	-3	-2,1%	KV München II	191	161	-30	-15,7%
					KV Erlangen-Stadt	141	138	-3	-2,1%	KV Weiden	131	110	-21	-16,0%
					KV Schwandorf	418	409	-9	-2,2%	KV Berchtesgadener Land	197	165	-32	-16,2%
					KV Hof-Land	457	447	-10	-2,2%	KV Rosenheim-Stadt	203	145	-58	-28,6%
					KV Neustadt - Windsheim	292	285	-7	-2,4%	KV Augsburg - Ost	192	136	-56	-29,2%
					KV Kelheim	360	351	-9	-2,5%	KV München IV	308	205	-103	-33,4%
					KV Landshut-Stadt	63	61	-2	-3,2%	KV Schwabach	53	32	-21	-39,6%

Obst vom Ortschef

Junges Gemüse mag für seine Altersgenossen interessant sein, mit der Liebe zum Obst dürfte Georg Fuchs aber ziemlich allein dastehen. Der 20-jährige JU-Vorsitzende aus dem

unterfränkischen Goldbach pflegt in seiner Freizeit seine eigenen Apfelbäume. „Ich mag die Arbeit an der frischen Luft“, sagt der Student. Na dann, gute Ernte in 2004!



Der Wahlmann

Frühmorgens klingelte das Telefon: Dass Alois Glück am anderen Ende der Leitung war, mag Oberbayerns JU-Bezirkschef Georg Rohleder nicht allzu sehr verwundert haben, kommen doch beide aus Traunstein.

Freudig überrascht war Rohleder jedoch, als ihm der Landtagspräsident das Ticket für die Bundesversammlung zusicherte. Am 23. Mai darf „Gogo“, wie ihn seine Oberbayern nennen, den neuen Bundespräsidenten wählen. „Ein erhabenes Gefühl, Mitglied im höchsten Verfassungsorgan sein zu dürfen“, findet Rohleder. Für den Unions-Kandidaten Horst Köhler könne er mit bestem Gewissen stimmen: Der sei eine „echte Persönlichkeit“ – bescheiden, zurückhaltend und habe die Gabe, prägnant formulieren zu können. Aus JU-Reihen ist neben Rohleder auch die Landtagsabgeordnete Melanie Beck dabei, außerdem sind alle zwölf bayerischen JU-Bundestagsabgeordneten stimmberechtigt.

